

# Für ein nachhaltiges Wirtschaften national und international!

*"Reicher Mann und armer Mann, standen da und sahen sich an. Und der arme sagte bleich: wär ich nicht arm, wärst du nicht reich."*

(Berthold Brecht)

**Der vorliegende Beschluss ist das Resultat der Kampagne „Wirtschaft und Soziales“. In dieser Kampagne wurden grundsätzliche wirtschaftspolitische Ansichten und Probleme ausführlich zwischen allen aktiven Jusos der Stadt Braunschweig besprochen.**

**Darauf aufbauend wurde an 3 Abendseminaren in Gruppenarbeiten wirtschaftspolitische Alternativen zum neoliberalen Mainstream gemeinsam erarbeitet, deren Ergebnisse sich in diesem Beschluss wieder finden.**

## **Erwartungen der Jusos an die Wirtschaft**

Wir Jusos erwarten von einer gerechten Wirtschaftsordnung, dass der materielle Wohlstand der Gesellschaft auf alle Menschen gleichermaßen verteilt wird. Wir stehen dem Messungsinstrument des wirtschaftlichen Wohlstand durch das BIP sehr kritisch gegenüber. Zum Einen erfasst er nicht den wirtschaftlichen Erfolg in vollem Umfang, da beispielsweise ehrenamtliche Tätigkeiten, Schattenwirtschaft oder Arbeit im eigenen Haushalt nicht erfasst werden. Zum Anderen kann der wirtschaftliche Wohlstand nicht allein durch Wirtschaftswachstum beurteilt werden, da soziale Umverteilungen und ökologische Stabilität für die Messung des allgemeinen Wohlstands einer Gesellschaft unabdingbar sind. Diese werden jedoch durch das BIP in keiner Art und Weise berücksichtigt.

Wir wollen, dass die Wirtschaft dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Dies ist unserer Auffassung nach in einem kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystem nicht möglich. Unter anderem bezeichnen wir uns deshalb als Sozialistinnen und Sozialisten. Wir wollen aus diesem Grund einen Teil dazu beitragen, einen Umdenkungsprozess in der

Gesellschaft anzustoßen. Ziel dieses Dialogs soll sein, dass der vorherrschende Kapitalismus überwunden wird und aus der Gesellschaft heraus ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell hervorkommt, aus dem der Demokratische Sozialismus nach Definition der SPD erwächst. Dieser ermöglicht es allen Menschen weltweit in Freiheit, Gleichheit und Solidarität miteinander zu leben, womit eine klassenlose Gesellschaft gemeint ist.

Außerdem haben wir auch den Anspruch für einen sozialen Ausgleich in der Gesellschaft zu sorgen, sofern sie sich noch nicht für ein alternatives System entschieden hat.

Neben den sozialen Aspekten sind vor allem auch die nicht mehr rückgängig zu machenden Schäden in der Umwelt zu beachten. Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschaften unter ökologischen Gesichtspunkten, da wir es zukünftigen Generationen ermöglichen wollen, in einer intakten Umwelt zu leben. Dies ist schließlich der Grundstein für ein Leben in Würde.

Die folgenden Passagen sollen erläutern, zu welcher wirtschaftspolitischen Grundüberzeugung wir uns bekennen und warum wir das tun.

### **Historisch bedingte Ansichten in der Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaftswissenschaft geht von zwei grundlegenden wirtschaftspolitischen Ansichten aus: Auf der einen Seite steht eine angebotsorientierte auf der anderen Seite die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.

Zu den Verfechter der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zählen die Klassiker bzw. die Neoklassiker. Sie sind der Meinung, dass die Wirtschaft grundsätzlich stabil ist und der Staat nur Rahmenbedingungen vorgeben soll, sich also grundsätzlich aus der Wirtschaft raushalten möge. Sie sind davon überzeugt, dass das Angebot entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft ist. Das große Vertrauen in den Markt spiegelt sich bei ihnen darin wider, dass sich das Angebot ihrer Meinung nach automatisch seine Nachfrage schafft. Marktversagen tritt nur aufgrund externer Effekte, insbesondere durch staatlichen Eingriff ins Wirtschaftsleben, ein. Deshalb stehen sie für eine Deregulierung auf sämtlichen Märkten. Bis zur ersten Weltwirtschaftskrise 1929 war diese grobe Ansicht unter Volkswirten unumstritten.

Nach dem „Black Friday“ jedoch wurde diese Ansicht zunehmend beschädigt. Zu dieser Zeit entwickelte sich eine andere wirtschaftspolitische Ausrichtung. Der Keynesianismus - benannt nach dem Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes - gewann zunehmend an Bedeutung. Keynes war der erste Vertreter, der die Angebotsorientierung stark kritisierte. Er und seine WeggefährterInnen hatten aus den Ereignissen die Überzeugung gewonnen, dass das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System nicht stabil sei. Zur Stabilisierung des Systems sei ein staatlicher Eingriff unumgänglich. Nur durch eine staatliche Lenkung des Wirtschaftslebens, die auf die unterschiedlichen Wirtschaftsschwankungen individuell angepasst werden muss, kann ein gesamtgesellschaftlicher Wohlstand nachhaltig realisiert werden. Entscheidend für diese Theorie war die Ansicht, dass die Nachfrage entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg einer Volkswirtschaft ist. Dabei soll der Staat die gesamtgesellschaftliche Nachfrage in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unter anderem durch Steuersenkungen, höheren Transferzahlungen und investitionsfördernden Maßnahmen erhöhen. Im Wirtschaftsaufschwung hingegen sollen diese Maßnahmen wieder umgekehrt werden, damit der Staat seine aufgenommenen Schulden durch die vorangegangenen Maßnahmen wieder ausgleichen kann und somit nachhaltig einen ausgeglichenen Haushalt vorweist, der ihn handlungsfähig bleiben lässt. Dieses Handeln wird als antizyklische nachfrageorientierte Fiskalpolitik bezeichnet.

### **Gegenwärtige Situation**

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat die Schwäche des Kapitalismus aufgedeckt, nämlich der grundsätzlichen Instabilität des Systems. Dennoch hat diese Instabilität Dimensionen angenommen, die vor Jahren noch für undenkbar gehalten wurden: Aus der Finanzkrise des Banken- und Versicherungssektor wurde im Jahr 2009 eine Wirtschaftskrise in der Realwirtschaft. Durch die zunehmenden Staatsverschuldungen haben wir es mittlerweile mit einer Staatenkrise zu tun, in der Spekulanten nicht einmal mehr davor zurückschrecken, Währungen zu attackieren und damit den europäischen Staatenverbund angreifen.

### **Ursprung der Krise auf dem Finanzmarkt**

Die Gründe der Wirtschaftskrise können sicher nicht in einem Satz genannt werden. Es gibt viele und vielschichtige Gründe dafür, wie es so weit kommen konnte. Neben Mentalitätsproblemen in der Gesellschaft sind vor allem auch die Tendenzen zur Deregulierung auf dem Finanzmarkt und im realen Wirtschaftssektor zu nennen. Die

geplatze Immobilienblase auf dem Finanzsektor, welche die Hauptursache für die jetzige Wirtschafts- und Staatenkrise ist, war ein Resultat des unbekümmerten Spekulierens auf Hedge-Fonds, die durch eine hohe Fremdkapitalfinanzierung ein potentiell hohe Eigenkapitalrendite in sich bergen. Der Preis für das extrem hohe Renditepotential ist entsprechend ein sehr hohes Risiko, bei dem niemand genau weiß, wie viel diese hoch spekulativen Produkte eigentlich wert ist. Die Notwendigkeit einer Regulierung auf diesem Sektor wurde verpasst. Und auch heute scheinen großen Worten wie „Wir sagen den Spekulanten den Kampf an!“ seitens der Politik keine Taten zu folgen. Wir warten immer noch darauf, dass sich die schwarz-gelbe Bundesregierung mit aller Vehemenz sowohl für eine national als auch für eine international wirksame Regulierung der Finanzmärkte einsetzt.

### **Wirtschaftspolitisches Fehlverhalten in der Realwirtschaft**

Die in den letzten Jahrzehnten zugenommene Ausrichtung auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik erhoffte man sich ein Wirtschaftswachstum in einem so hohen Ausmaß, dass einerseits der Arbeitslosigkeit und Staatsausgaben im sozialen Bereich gesenkt und die Staatseinnahmen durch eine resultierende Nachfragesteigerung erhöht werden kann. Eigentlich hätte es schon spätestens Anfang der 90er Jahre bekannt sein müssen, dass dieser geführte Politikstil in den USA unter Ronald Reagon oder in Großbritannien unter Margaret Theatcher im vorangegangenen Jahrzehnt gnadenlos gescheitert ist. Solche Überlegungen können nur in der wirtschaftswissenschaftlichen Theorie erfolgreich sein, nicht jedoch in der Wirklichkeit. Denn in der Realität reguliert der Markt sich eben nicht von selbst, da die Voraussetzungen für einen vollkommenen Markt sowohl auf der Angebots- als auch der Nachfrageseite nicht gegeben sind.

Dennoch wurde aus dieser Erkenntnis heraus nicht die notwendigen Lehren gezogen. Ganz im Gegenteil: Auch Bundesregierungen, in denen SozialdemokratInnen Verantwortung trugen, folgten dem neoliberalen Irrglauben der Angebotsorientierung. So wurde durch Steuererleichterungen auf Unternehmensgewinne, Senkung der Lohnnebenkosten und der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts keine Wohlstandsmehrung, sondern eine soziale Spaltung in unserem Land forciert: In allen Industrieländern, die der Angebotsorientierung gefolgt sind, wird die Kluft zwischen Arm und Reich größer. Doch das Tempo ist in Deutschland überdurchschnittlich hoch. Wer in Deutschland weder arm noch sehr reich ist, verliert seit Jahrzehnten immer mehr vom Einkommen. Dies ging aus

der neuesten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hervor.

### **Die Antwort - Ausrichtung auf Nachfrageorientierung**

Als Alternative zum neoliberalen Mainstream steht eine Rückbesinnung auf eine von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klassisch bevorzugte Wirtschaftspolitik: Die antizyklische nachfrageorientierte Fiskalpolitik.

Wir bekennen uns zu einer nachfrageorientierten antizyklischen Fiskalpolitik, sofern wir noch keine Überwindung des kapitalistischen Systems erreicht haben. Wir wissen jedoch auch, dass die antizyklische Fiskalpolitik an ihre Grenzen stößt: Sie kann allein nicht den Fehler des kapitalistischen Systems beheben. Im eigentlichen Sinn stabilisiert sie die vorherrschenden Strukturen sogar. Jedoch erkennen wir, dass dieses Konzept die einzige Möglichkeit enthält, einen sozialen Umverteilungsprozess des Staates zu gewährleisten. Denn durch die Alternative Angebotsorientierung verfällt der Staat durch Mindereinnahmen zunehmend in die Handlungsunfähigkeit, wodurch der Fiskus keine Umverteilungsprozesse oder andere staatliche Dienstleistungen mehr einleiten kann. Allerdings wird der Staat ebenso handlungsunfähig, wenn er die antizyklische Wirtschaftspolitik nicht korrekt anwendet. So muss in wirtschaftlichen Aufschwungphasen der Staat zwingend durch höhere Steuersätze auf die Gewinner der Entwicklung die Beträge als Einnahmen generieren, die er zuvor als Schulden aufnehmen musste, um aus der Rezession bzw. Depression herauszukommen (deficit spending). Dies wurde in der Vergangenheit seit der Amtsübernahme von Helmut Schmidt zum Bundeskanzler nicht realisiert. Auch die verantwortlichen Politiker müssen aus dem Denken in kurzfristigen Dimensionen, welches typisch für das neoliberale Zeitalter ist, herauskommen. Es muss also wieder ein Umdenkungsprozess in der Gesellschaft stattfinden, welches ein Denken in langfristige Verantwortungskategorien beinhaltet. Denn die Staatsverschuldung Deutschlands auf über 1,7 Billionen Euro ist ein Beweis dafür, dass der momentan vorhandene materielle Wohlstand in Deutschland auf Pump finanziert wurde. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein, sofern wir die Handlungsfähigkeit des Staats nicht gefährden wollen.

Allerdings ist die Antwort, die die große Koalition mit der Schuldenbremse darauf zu finden versucht hat, das absolut falsche Instrument. Denn durch dieses im Grundgesetz verankerte Gesetz werden dem Staat keine Handlungsspielräume in wirtschaftlich

schwierigen Zeiten mehr ermöglicht. Insofern müssen unsere und zukünftige Generationen für das Misswirtschaften vorangegangener Generationen bezahlen. Dies ist nicht hinnehmbar.

Es ist jedoch entscheidend nicht nur durch höhere Einnahmen sondern auch durch Ausgabenkürzungen bei staatlichen Subventionen für Betriebe, die damit künstlich am Leben gehalten werden, den staatlichen Haushalt zu konsolidieren. Das eklatanteste Beispiel hierfür sind die Aufstockungen von Gehältern von 3,4 Millionen ArbeitnehmerInnen: Es werden nach wie vor private Unternehmen staatlich subventioniert, die ihre Angestellten ein unmenschliches Gehalt von beispielsweise 4,50 Euro/Stunde zumuten. Mit der Einführung des Mindestlohns können jährlich Milliarden Euro an Steuergeldern gespart werden.

### **Hoch, die Internationale Solidarität!**

Als Jusos stehen wir insbesondere nicht nur für eine verbesserte Lebenssituation in unserem Land sondern vor allem auch für einen weltweiten Abbau von Armut ein. Dafür ist es notwendig vor allem für eine Entwicklungspolitik einzustehen, die von Nachhaltigkeit geprägt ist. Dabei bringt es nichts Entwicklungs- und Schwellenländern Nahrungsmittel oder Kleidung auszuliefern. Vielmehr muss aus allen Industrienationen Gelder zum infrastrukturellen Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig müssen die 1.Welt-Staaten als wirksamstes Mittel von ihren protektionistischen Maßnahmen abrücken: Wirtschaftsbereiche der eigenen Volkswirtschaft nur durch Subventionen künstlich am Leben zu erhalten lehnen wir ab, da dadurch es Entwicklungsländern unmöglich gemacht wird, ihre Produkte so zu vertreiben, dass sie die Armut in ihrem Land beseitigen und den allgemeinen Wohlstand vor Ort mehren können.

Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass das wirtschaftspolitische Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts gerade von deutschen Wirtschaftspolitikern noch nie als solches angegangen wurde. Bisher wurden Waren und Dienstleistungen speziell für den ausländischen Markt ausgerichtet, welches die Exportquote überdurchschnittlich hoch hielt („Exportweltmeister Deutschland“). Da dieses Verhalten einerseits zu Inflationen führen kann andererseits dazu führt, dass defizitäre Staaten langfristig zahlungsunfähig werden, muss das wirtschaftspolitische Ziel eines ausgeglichen Außenbeitrags endlich in Angriff genommen werden. Schließlich wissen wir, dass unser Wohlstand in vielen Regionen weltweit Armut schafft und durch diesen finanziert wird. Im Übrigen ließe eine

stärkere Fokussierung der Wirtschaft auf dem heimischen Binnenmarkt mehr Menschen an einem Wirtschaftsaufschwung teilhaben.

### **Fazit**

Wir wissen, dass all die abgeleiteten Forderungen aus den beschriebenen Sachständen die sozialen Ungerechtigkeiten weltweit nur in einem geringen Maß abbaut, da das System, welches Ungerechtigkeiten produziert, nicht strukturell bekämpft wird. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass wir die Lebenssituation vieler sozial-abgehängter Menschen verbessern und sie so in ein gesellschaftliches Leben in Würde integrieren können.

Trotzdem vergessen wir nicht für den Demokratischen Sozialismus, der einzig und allein ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Solidarität gewährleisten kann, in unserer Partei und der Gesellschaft zu kämpfen.